

Antrag

A3NEU10 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr
3 Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen, muslimische Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen
7 Behinderungen.

8 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
9 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
10 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
11 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
12 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
13 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
14 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
15 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
16 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

17 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
18 Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.

19 **~~Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und~~**
20 **~~Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem~~**
21 **~~rechte und rechtspopulistische Ideologien.~~**

22 Positionierung

23 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
24 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine
25 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von
26 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns
27 selbstverständlich.

28 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
29 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
30 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
31 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
32 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen.**

33 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,

34 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
35 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
36 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
37 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
38 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
39 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

40 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
41 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

42 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

43 • **Position beziehen**

44 ***Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und***
45 ***Gewalttaten***, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns
46 nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere
47 Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen,
48 ***insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen***, hinzuwirken. Hierzu haben
49 wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal
50 bekräftigen.[\[1\]](#)

51 • **Bildungsarbeit**

52 ***Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes***
53 ***Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein***
54 ***zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere***
55 ***Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen***
56 ***Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu***
57 ***hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger***
58 ***Teil einer demokratischen Gesellschaft.***

59 • **Vernetzung**

60 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und ***Diözesanverbänden*** weiter
61 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot ***für***
62 ***sie***, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise
63 der anderen erweitert werden ***können***. Zudem vernetzt sich der BDKJ
64 ***Bundesvorstand*** mit anderen antifaschistischen Organisationen und
65 Gruppierungen, ***u.a. mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche &***
66 ***Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Bundesverband Mobile Beratung***, um eine
67 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
68 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
69 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

70 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

71 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
72 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
73 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
74 Jugendverbandler*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
75 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
76 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
77 unvereinbar.

78 **Forderungen an die Politik**

79 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
80 und gegen Angriffe **aus dem rechtsextremen Spektrum** zu verteidigen, fordern wir
81 von der Politik:

82 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

83 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
84 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
85 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
86 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
87 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
88 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
89 und **deren nachgeordneten Organisationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
90 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
91 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

92 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

93 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
94 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
95 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
96 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
97 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
98 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
99 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
100 und Vorfälle.

101 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

102 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
103 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
104 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
105 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
106 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
107 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
108 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
109 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**
110 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²

111 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer**
112 **Bildung**

113 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur
114 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
115 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
116 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
117 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
118 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
119 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
120 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. **Darüber hinaus**
121 **fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien**
122 **aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen**

123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166

Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.

- **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**
Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.
Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten. Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter Umgang mit demokratischen Mitbewerber*innen muss gewahrt bleiben.
- **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**
Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem, antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben, weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen.

Forderungen an die katholische Kirche

Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- **Reform und Aufarbeitung**
Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus, Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.
- **Stellung beziehen als moralische Instanz**
Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.
- **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**
Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,

167 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
168 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
169 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
170 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
171 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
172 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

173 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
174 **Rechten benennen und bekämpfen**

175 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
176 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
177 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
178 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
179 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
180 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
181 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
182 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

183 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein**,
184 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und
185 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

186 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
187 Hauptversammlungen 2016 und 2020

188 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
189 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.